

# Das Ende der Weimarer Republik – die sog. ‚Machtergreifung‘

## - Daten, Fakten und Hintergründe –

### I. Der Beginn der Krise

**03. 10. 1929:** Tod von Dr. Gustav Stresemann – Stresemann galt im Ausland als Garant für eine ruhige und beständige Weiterentwicklung der ersten deutschen Demokratie, die noch keineswegs gefestigt war.

24. /

**25. 10. 1929:** ‚Schwarzer Freitag‘ an der Wall-Street in New York: Der Beginn der Weltwirtschaftskrise sollte auch das Ende einer ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung seit 1924 in Deutschland sein, weil die amerikanischen Kredite, die seit dem Dawes-Plan in die deutsche Wirtschaft geflossen waren, kurzfristig gekündigt wurden.

➔ **Die Zufälligkeit des Zusammentreffens beider Ereignisse darf nicht überbewertet werden; allerdings wiegen sie in ihrer Verquickung schwer, wenn man bedenkt:**

- **In der jetzt ausbrechenden Krise von Staat und Gesellschaft fehlte ein Staatsmann, der mit Autorität und Charisma für die junge deutsche Demokratie eintrat, kurz: Männer wie Stresemann und / oder Ebert.**
- **Stresemann war zwar kein überzeugter Demokrat gewesen, hatte sich jedoch aus Vernunftgründen in den Dienst der jungen demokratischen Republik gestellt (➔ ‚Vernunftrepublikaner‘). Mit seinem Tod schwenkte die DVP politisch nach rechts und verabschiedete sich damit von einem Konsens mit den Parteien der Weimarer Koalition.**
- **Seit 1929/30 formierten sich die alten Gegner der Republik und agierten erneut mit den nur mühsam unterdrückten Vorurteilen gegen das schwache Staatswesen.**
- **Die für die gesamte Bevölkerung spürbare Wirtschaftskrise weitete sich zu einer politischen Krise aus. In der Folge wurden alte Ressentiments von 1918 / 1919 gegen die junge Demokratie wieder belebt und zunehmend in breiten Bevölkerungskreisen als völlig berechtigt angesehen.**

## Einige Beispiele

### ○ Juli 1929: Reichsausschuss gegen den Young-Plan

Zum ersten Mal formierte sich hier die rechte Opposition unter Hitler und Hugenberg (DNVP) gegen die Republik, wobei der Medienzar Hugenberg (u.a. Ufa) Hitler seine gesamte Propagandamaschinerie zur Verfügung stellte und damit die NSDAP in der Öffentlichkeit entscheidend aufwertete. Das „Volksbegehren gegen den Young-Plan“ (→ Gesetzesinitiative des Volkes) erhielt mit 4,1 Millionen Stimmen die gerade erforderliche Stimmenzahl, um einen Volksentscheid herbeiführen zu können. Der „Volksentscheid gegen den Young-Plan“ (→ Gesetzesbeschluss des Volkes) scheiterte am 22.12.1929 mit 5,8 Millionen Stimmen deutlich und bewahrte führende Politiker der regierenden Großen Koalition vor im Erfolgsfall des Referendums angekündigten Prozessen wegen Hochverrats.

### → Begriffserklärung : Plebiszitäres Prinzip der Weimarer Demokratie

Abgeleitet ist dieses Prinzip von dem entsprechenden Terminus technicus der republikanischen Verfassung Roms; „Plebiscitum“ meint einen Beschluss der ‚Comitia plebis tributa‘, der Standesversammlung der Plebejer im alten Rom.<sup>1</sup> In der modernen Verfassungsgeschichte bezeichnet man mit Plebisziten Volksabstimmungen, Volksentscheide und Volksbefragungen, die als direkte Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung gelten.

### Information über den Young-Plan

Der Young-Plan war der letzte Erfolg Stresemanns in der Frage der Reparationen. Die Gesamtsumme aller Reparationen wurde auf 65 Milliarden Mark bei einer Laufzeit von 59 Jahren (!!! also bis 1988 !!!) fest gelegt. In den ersten 37 Jahren sollten Raten von 0,7 - 2,1 Mrd. Mark bezahlt werden, dann 600 Mio. Mark jährlich bis zum Ende der Laufzeit. Bei der Kampagne gegen den Young-Plan wurden alle Vorurteile gegen die Weimarer Demokratie erfolgreich wiederbelebt, ob es sich nun um die ‚Dolchstoßlegende‘ handelte, den Vorwurf der ‚Erfüllungspolitik‘ oder das Schimpfwort von den ‚Novemberverbrechern‘.

---

<sup>1</sup> Ab 287 v. Chr. (→ ‚Lex Hortensia de plebiscitis‘) kam allen Plebisziten der Rang verbindlicher Gesetze zu.

○ **Das Wiedererwachen alter Ängste**

Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit (Juli 1929: 1,251 Mio.; Januar 1930: 3,218 Mio.) ging einher mit der erneuten Angst vor einer Inflation, zumal viele Sparer durch spektakuläre Bankpleiten (Zusammenbruch der Danat im Zusammenhang mit dem Bankrott der Österreichischen Creditanstalt, Sommer 1931) ihre Geldeinlagen verloren. Die rigorose Sparpolitik Brüning's (Reichskanzler vom 30.03.1930 - 30.05.1932), auch Deflationspolitik genannt, hatte eine steigende Zahl von Konkursen zur Folge (1928: 13700 Konkurse, 1929: 18200 Konkurse, 1930: 22700 Konkurse, 1931: 27900 Konkurse, 1932: 20300 Konkurse) und verursachte ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahlen (Juli 1930: 2,765 Mio.; Januar 1931: 4,887 Mio.; Juli 1931: 3,990 Mio.; Januar 1932: 6,042 Mio.; Juli 1932: 4,464 Mio.; Januar 1933: 6,014 Mio.). Die hoffnungslosen Massen glaubten daher nur zu bereitwillig den Parolen von der (angeblichen) Unfähigkeit der Demokraten und waren offen für die demagogische These, die Demokratie sei „undeutsch“ und von den Siegern des Ersten Weltkrieges aufgezwungen worden. Nicht zuletzt deswegen störte es fast niemanden sonderlich, dass der Aushöhlungsprozess der Demokratie mit der Berufung Brüning's bereits begonnen hatte.

○ **Reichspräsident von Hindenburg**

Der Feldmarschall des Ersten Weltkrieges und Sieger von Tannenberg (26.-30.08.1914), Paul von Hindenburg und Benneckendorff, war ein Kind des 19. Jahrhunderts und vom Gedanken der Unantastbarkeit und Heiligkeit der Monarchie durchdrungen. Vor seiner Wahl zum Reichspräsidenten (29.03.1925 / 26.04.1925) fragte er bei Exkaiser Wilhelm im Exil in Doorn (Niederlande) an, ob er sich „wählen lassen“ dürfe. Über die Weimarer Reichsverfassung soll er geäußert haben, sie sei ein „Papier“, mit dem „sich arbeiten lassen“. Durchaus bemüht, die Verfassung zu achten und korrekt anzuwenden, verstand er jedoch den Geist des Verfassungswerkes nicht wirklich und wandte die Bestimmungen so an, wie eben ein preußischer Stabsfeldwebel die Heeresdienstvorschrift in seinem Befehlsbereich anzuwenden pflegt(e). Hindenburg war seiner Aufgabe weder geistig noch politisch gewachsen, wie folgende Einschätzung von Otto Braun (SPD), dem Ministerpräsidenten von Preußen, aus dem Jahr 1925 kurz nach Hindenburg's Amtsantritt zeigt:

„Bei meinem ersten Besuch war ich erschreckt über die völlig unpolitische Einstellung und geistige Schwerfälligkeit dieses Mannes. [...] Klar wurde mir auch,

dass für seine Amtsführung alles auf gute Ratgeber ankam, deren erster der die Politik des Reiches bestimmende Reichskanzler sein musste. Dass ihm solche nicht immer beschieden waren, so dass er schließlich den Einflüsterungen eines von Bedenklichkeiten unbeschwerten kurzsichtigen Intriganten (→ gemeint ist Franz von Papen) erlag, wurde ihm und dem deutschen Volke zum Verhängnis.“<sup>2</sup>

Otto Braun macht in diesen Zeilen bereits deutlich, dass bei Hindenburg die ganze Hoffnung auf ‚gute Ratgeber‘ gesetzt werden musste. Allerdings bedeutet genau dieses Vertrauen auch eine unübersehbare Gefahr, da der Reichspräsident damit zu einem Spielball im Intrigenspiel seiner Ratgeber werden konnte und auch wurde. Es wird noch zu zeigen sein, dass genau dieses Intrigenspiel einer kleinen Clique um den Reichspräsidenten Hitler am Ende die Macht beschert.

#### Die ‚Hindenburg-Kamarilla‘

Das Wort ‚Kamarilla‘ ist spanischen Ursprungs und bedeutet so viel wie ‚Kämmerchen‘. Zugleich bezeichnet es eine Gruppe von Männern – oder besser – Günstlingen, die Zutritt zur ‚Anti-Kamera‘ haben (Vorkammer des königlichen Schlafgemachs) und auf das Staatsoberhaupt – ob nun Monarch oder Präsident – einen unkontrollierbaren, ggf. verfassungswidrigen Einfluss ausüben. Im Falle Hindenburgs waren es

1. **Otto Meißner (13.03.1880-27.05.1953):** Meißner war ab 1920 Leiter des Büros in der Präsidialkanzlei (1923: Staatssekretär) und diente bis 1945 nacheinander Ebert, Hindenburg und Hitler, was die besondere ‚Anpassungsfähigkeit‘ dieses Mannes kennzeichnet. Für Franz von Papen und Kurt von Schleicher war er der Verbindungsmann zu Hindenburg. Bei der Koordination der Aktionen der Kamarilla. spielte er häufig eine Schlüsselrolle.
2. **Oskar von Hindenburg:** Der nur mäßig begabte Sohn des Reichspräsidenten hatte es in seiner militärischen Karriere nur bis zum Obersten gebracht. Der Berliner Witz spöttelte über ihn, er sei der ‚in der Verfassung nicht vorgesehene Sohn des Reichspräsidenten‘. National-konservativ und monarchisch gesinnt, vertrat er zusammen mit Elard von Oldenburg-Januschau, dem Gutsnachbarn Hindenburgs in Ostpreußen, die Interessen der ostelbischen Junker und Großagrarien.
3. **Elard von Oldenburg-Januschau (20.03.1855-16.08.1937):** Er war Präsident des Preußischen Herrenhauses gewesen und hatte bereits vor 1914 drastisch kundgetan, was er von der Demokratie hielt. Seiner Ansicht nach musste der Kaiser das

---

<sup>2</sup> Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 85.

Recht haben, einem Leutnant der Garde zu befehlen, er solle zehn Mann nehmen und den Reichstag auflösen.<sup>3</sup>

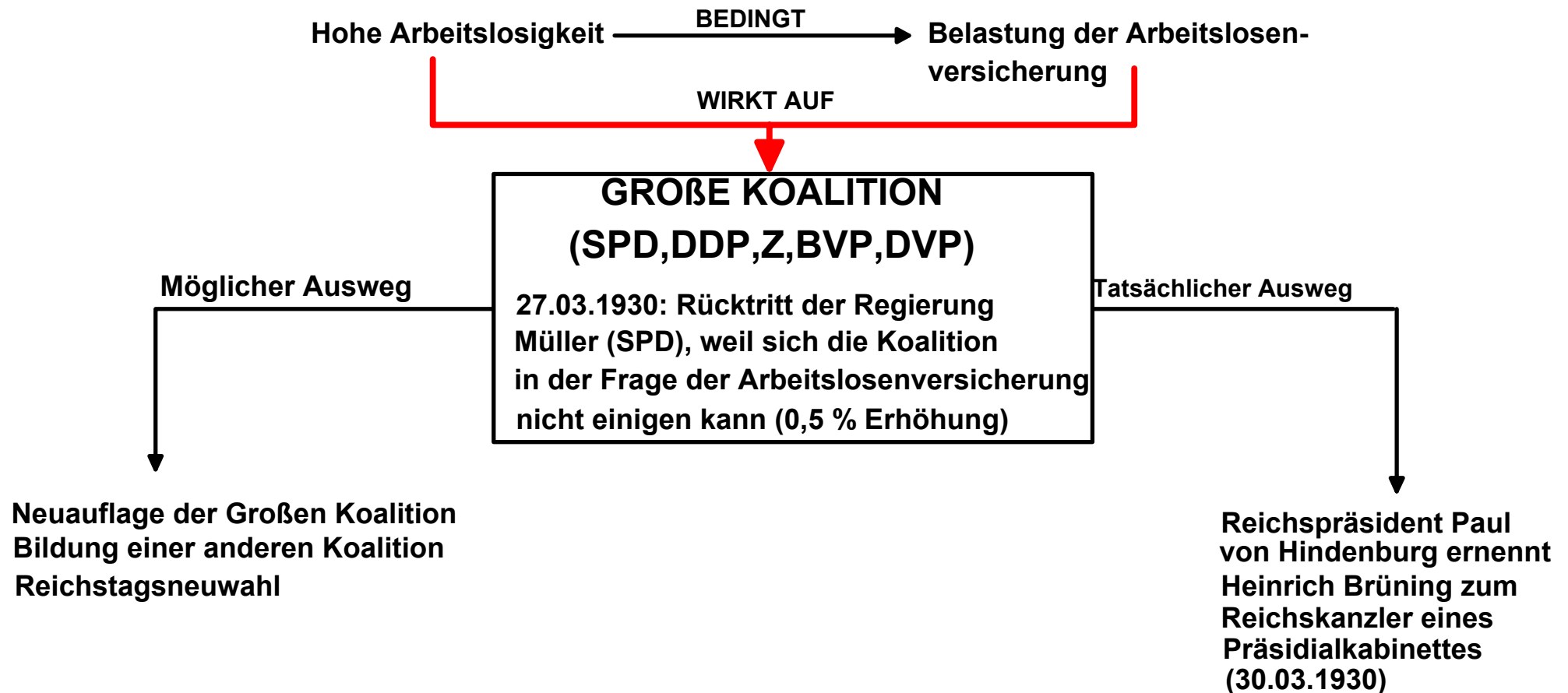
4. **Franz von Papen (29.10.1879-02.05.1969):** Von Papen gehörte bis 1932 dem rechten Flügel des Zentrums an. Er galt als politisch blass und farblos, gehörte aber zum feudalen ‚Berliner Herrenclub‘, der einflussreiche Verbindungen zur Industrie und zu Bankkreisen besaß. Von Papens politische Grundhaltung lässt sich als erzkonservativ und autoritär beschreiben; als Kanzler (01.06.1932-01.12.1932) vertrat er ständestaatliche Konzepte mit stark autoritären Regierungsstrukturen. Ihn bezeichnete Otto Braun (SPD) als „unbeschwerten, kurzsichtigen Intriganten.“
5. **Kurt von Schleicher (07.04.1882-30.06.1934):** Schleicher war ab Januar 1928 Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium unter Reichswehrminister Wilhelm Groener, der Schleicher als seinen Ziehsohn betrachtete und ihn als „mein(en) Cardinal in rebus politicis“ charakterisierte. Schleicher hat Groeners Wohlwollen und Vertrauen 1932 in übler Weise missbraucht und seinem Förderer den Stuhl vor die Tür gestellt. Politisch arbeitete Schleicher an der Wiedererstarkung der bewaffneten Macht und hoffte auf eine Neubelebung und Realisierung deutscher Großmachtträume. Als Hindenburgs Regimentskamerad im feudalen Dritten Garderegiment zu Fuß besaß er das besondere Vertrauen des Reichspräsidenten und nutzte diese Ausnahmestellung, um hinter den Kulissen die Fäden in seinem Sinne zu ziehen. Sein Name beschreibt treffend die Art seines Vorgehens, denn er schlich sich Schritt für Schritt in die Schaltzentrale der Macht ein. Ohne Zweifel war er neben Papen der gefährlichste Intrigant der Kamarilla.

**➔ Die genannten Männer sollten an führender Stelle zu Totengräbern der Republik werden, als nur noch Präsidialkabinette nach Artikel 53 berufen und Gesetze per Notverordnung mit Hilfe des Artikels 48,2 auf den Weg gebracht werden konnten. Für einen opponierenden Reichstag, der NVO's nach Artikel 48,3 hätte rückgängig machen können, gab es noch den Artikel 25, der die sofortige Auflösung des Parlamentes möglich machte.**

---

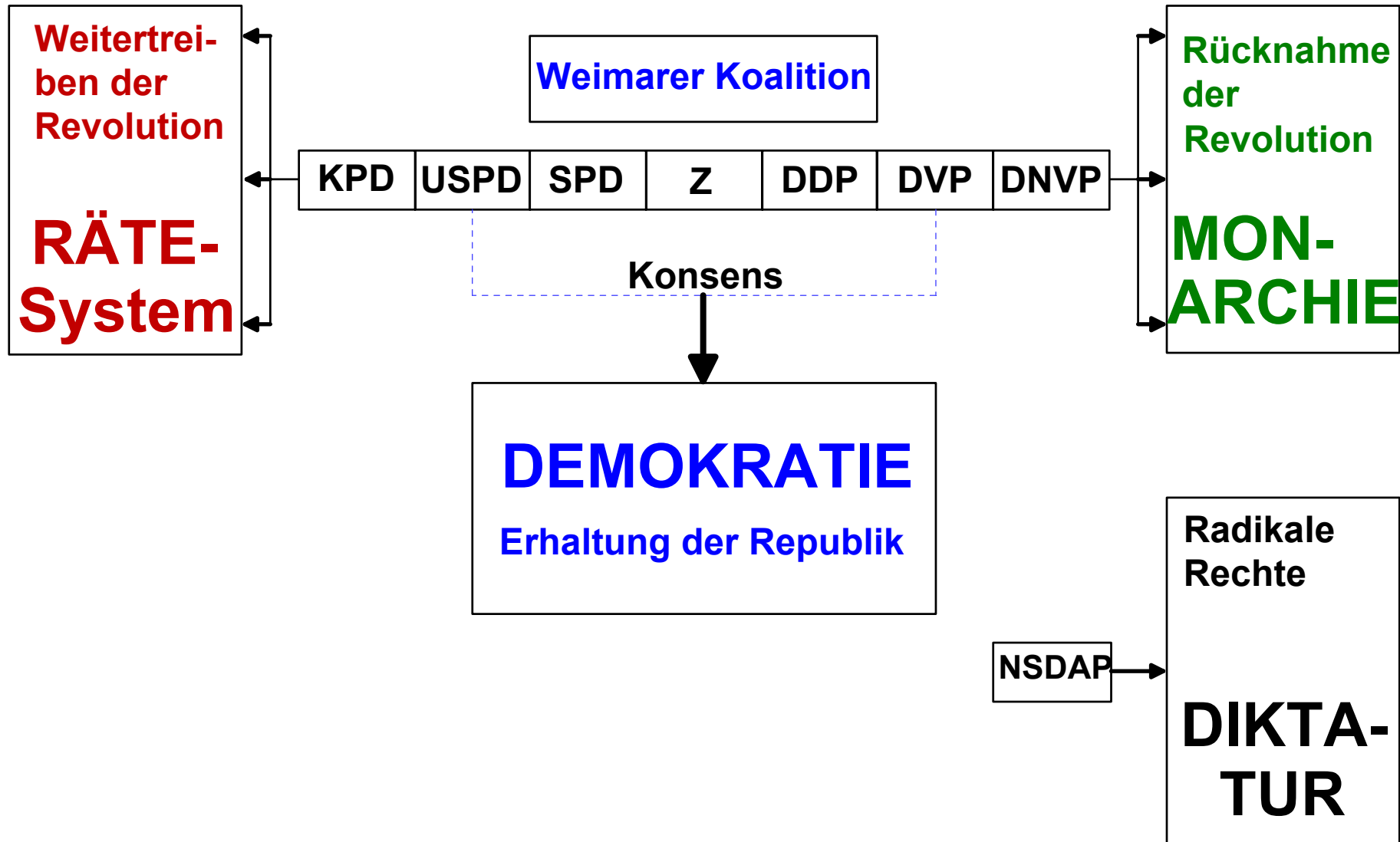
<sup>3</sup> Von Oldenburg-Januschau war damit nicht besser wie ein Dohna auf Slobitten im Kreis Marienburg, der 1912 nach der Reichstagswahl einem Lehrer auf einem seiner Gutsdörfer das Kartoffeldeputat strich, weil der Lehrer angeblich für die Liberalen votiert hatte.

## Bruch der Großen Koalition - Ende der Weimarer Demokratie ?



==> Die Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit der Parteien zum Kompromiß führt im Frühjahr 1930 zu einer Staatskrise. In einer von der Verfassung nicht vorgesehenen Form werden die Artikel 48, 53 und 25 WRV kombiniert angewendet, um die Machtstellung des Reichstages einzuschränken..

# PARTEIEN UND IHRE POLITISCHE AUSRICHTUNG © RECHENTIN



## II. Stationen des Niederganges

### 27.03.1930: Rücktritt des Kabinetts Müller / Franken (SPD):

Müller hatte seit dem 29.06.1928 mit einer Großen Koalition aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP die Regierungsgeschäfte geführt. Die Koalition hatte sich nur zusammen gefunden, um die Reparationen neu zu regeln (Young-Plan). In vielen Fragen der Innen- und Sozialpolitik galt sie als zerstritten, weil die Wählerklientel der einzelnen Parteien kaum tragfähige Kompromisse in den politischen Tagesfragen zuließen. So zerbrach die Koalition schließlich auch an einer sozialpolitischen Frage. Die Arbeitslosenzahlen waren vom Juli 1929 von 1,251 Mio. bis zum Januar 1930 auf 3,218 Mio. angestiegen, und diese erwerbslose Masse war aus der Kasse der seit 1927 bestehenden Arbeitslosenversicherung nicht mehr zu bezahlen. Eine Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 0,5% (!!!) auf 4% ließ die Koalition zerbrechen. Da es bei dieser Versicherung um jeweils 50% zu Lasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ging, hätte die Belastung der noch arbeitenden Bevölkerung nur 0,25% betragen. Das wollte die SPD aus Angst um den Verlust ihre Wähler den Arbeitern nicht zumuten. Ebenso hielt die KPD diese Erhöhung für unzumutbar. Die DVP, die Partei der Industrie, wünschte angesichts der dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt sogar eine Erhöhung des Beitrages um 1 % und fand darin Unterstützung bei DDP und DNVP. Das Zentrum versuchte zu vermitteln und schlug durch Brüning als Kanzler vor, das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung durch die Reichskasse auszugleichen und den alten Beitragssatz beizubehalten. Sollte der Zuschuss nicht ausreichen, müsse der Beitrag erhöht oder die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gesenkt werden. Ein Zuschuss aus der Reichskasse war wegen eines vorhandenen Defizits von 1,5 Mrd. Mark nicht möglich, und es blieb als ‚ultima ratio‘ nur die Senkung der Leistungen für die Arbeitslosen. Das Kabinett billigte zwar Brünings Vorschlag, aber die SPD-Fraktion scherte aus. Im Reichstag zeichnete sich eine Abstimmungscoalition von SPD und KPD (strikte Ablehnung jeder Beitragserhöhung oder einer etwaigen Senkung der Leistungen), Zentrum (verschnupft wegen Scheiterns des vorgelegten Kompromisses), DDP, DVP und DNVP (Forderung nach 1 % Erhöhung der Beiträge) ab. Entnervt trat Müller zurück.

### 30.03.1930: Ernennung Brünings (ZENTRUM):

Hindenburg beruft Brüning zum Chef eines Präsidialkabinetts nach Artikel 53 und will bis auf weiteres mit Artikel 48,2 regieren, weil die Parteien im Reichstag nicht gewillt sind, eine neue Koalition zu bilden.



***Bedeutung und Wertung dieses Vorgangs:***

Am 27.03.1930 gaben die demokratischen Parteien praktisch auf und überließen den Weimarer Staat autoritären Experimenten und, wie die Entwicklung der folgenden Wahlen noch zeigen sollte, den antirepublikanischen Parteien. Die Aushöhlung der Verfassung mit Hilfe des 48,2 macht folgende Übersicht sehr deutlich:

<u>Sitzungstage des Reichstags</u>	<u>Gesetze</u>	<u>Notverordnungen</u>
1930 : 94	1930 : 98	1930 : 5
1931 : 41	1931 : 41	1931 : 41
1932 : 13	1932 : 13	1932 : 60

Die Anwendung des Artikels 48,2 war ursprünglich für den Fall der Bedrohung des Reiches durch Sezessionen, innere Unruhen und Umsturzversuche vorgesehen, in deren Folge das normale Organ der Legislative, der Reichstag, nicht tagen konnte. Dann musste eine Reservegesetzgebung zur Hand sein, nämlich die Notverordnungen. Dieses Prinzip hatte sich in der chaotischen Zeit am Ende des Jahres 1923 bewährt, als zur Bewältigung aller Gefahren nur der Weg des Artikels 48,2 blieb (Konflikt Reich ↔ Bayern vom 27.01.1923 - 24.02.1923, Separation des Rheinlandes und autonomer Pfalzstaat vom Oktober 1923, Volksfrontregierungen in Thüringen und Sachsen von Oktober und November 1923, Hafenarbeiteraufstand in Hamburg vom Oktober 1923, Hitlerputsch in München vom 09.11.1923). In dieser Zeit wurde z.B. auf dem Wege einer NVO am 15.11.1923 die Rentenmark eingeführt, wodurch die Inflation beendet werden konnte. Die präsidiale Reservegesetzgebung fand also eine sinnvolle Anwendung, wenn sie in den Händen eines politisch verantwortungsvoll agierenden Reichspräsidenten lag, was durch einen Mann wie Friedrich Ebert sicher gewährleistet war. Im Jahr 1930 wurde der Artikel 48 jedoch durch Hindenburg auf eine Situation angewendet, für die er nicht vorgesehen war, nämlich die Weigerung der demokratischen Parteien, in Koalitionen vernünftig zusammen zu arbeiten. Otto Meißner schreibt dazu:

„Statt sich unter Zurückstellung von Parteidoktrinen über eine entschlossene Abwehr der dem Staate und seiner demokratischen Verfassung von den radikalen Parteien drohenden Gefahr und über ein Notprogramm ... zu verständigen, gingen diese staatsbejahenden Parteien (SPD und DVP) auseinander, um besser ihren parteipolitischen Interessen nachgehen zu können.“<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler, S. 185.

Die anfängliche Hoffnung Brünnings , durch Wahlen zu regierungsfähigen Mehrheiten zu gelangen , zerschlugen sich bald , wie die Wahlergebnisse zeigen:

<b>14.09.1930:</b> KPD: 13,1%	SPD : 24,5 %	
DVP: 4,5%	DDP : 3,7 %	Gegner : 42,9%
DNVP: 7,0%	Z : 11,7 %	Weimarer Koalition : 42,9%
NSDAP: 18,3%	BVP : 3,0 %	<b>PATT</b>
<b>31.07.1932:</b> KPD: 14,2%	SPD : 21, 5 %	
DVP: 1,1%	DStP : 1,0 %	<b>Negative absolute Mehrheit</b>
DNVP: 5,9%	Z : 12,4 %	<b>von KPD und NSDAP</b>
NSDAP: 37,2%	BVP : 3,2 %	Weimarer Koalition : 38,1%
<b>05.11.1932:</b> KPD:16,8%	SPD : 20,4 %	
DVP: 1,7%	DStP : 0,9 %	<b>Negative absolute Mehrheit</b>
DNVP: 7,2%	Z : 11,9 %	<b>von KPD und NSDAP</b>
NSDAP: 33,0%	BVP : 2,9 %	Weimarer Koalition: 36,1%

### Brünnings Kanzlerschaft (30.03.1930-30.05.1932)

**Kurzbiographie : 26.11.1885 in Münster geboren; 30.03.1970 in den USA verstorben**

Brüning ging aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervor und war Fachmann für Wirtschafts- und Finanzfragen. Seit 1924 gehörte er dem Reichstag an und wurde 1929 zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion berufen. Seine Berufung verdankte er unter anderem der Tatsache, dass er sich als Frontsoldat bewährt und im Herbst 1918 als Oberleutnant einer schweren Maschinengewehrkompanie den Rückzug in seinem Frontabschnitt im Westen erfolgreich gedeckt hatte. Dieser Erfolg war in den Augen Hindenburgs ein entscheidender Gradmesser für die politische Befähigung der zum Reichskanzler zu berufenden Kandidaten. Schleicher sprach sich für Brüning aus, weil er über diesen die Republik Schritt für Schritt in ein autoritäres Staatswesen umzuwandeln gedachte.

**→ Hier wird zum ersten Mal deutlich, welche Gefahr die Kamarilla für die Demokratie darstellte und noch darstellen sollte und wie unglücklich der Umstand war, dass Hindenburg mit dem Artikel 48,2 regierte, während er auf die Einflüsterungen seiner machtbesessenen Berater hörte.**

Brüning selbst war persönlich integer, ein rastloser Arbeiter und nüchterner Realpolitiker, eine **Mischung aus Kardinal und preußischem Offizier**, wie ihn ein ausländischer Diplomat charakterisierte. Bei aller Begabung und Befähigung fehlte es ihm jedoch an dem nötigen Charisma und der rhetorischen Begabung, um die Bevölkerung von seinem Sanierungsprogramm zu überzeugen. Eine gewisse Scheu im Umgang mit Menschen kam hinzu, so dass er

bei allem guten Willen als ‚Hungerkanzler‘ in die Geschichte einging. Scheitern sollte er auch daran, dass er das Notverordnungsregime nur als Übergang zur Stabilisierung der Demokratie verstand und damit Schleichers Erwartungen nicht erfüllte.

### **Die Grundzüge der Brüning'schen Politik**

1. Brüning ging von einem Primat der Außenpolitik aus und wollte als Nahziel auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise die Zahlungsunfähigkeit des Reiches nachweisen mit dem Ziel, ein Ende der Reparationen zu erreichen.
2. Im Sinne dieser Zielsetzung nahm er nach innen die verheerende Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage und den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf (vgl. S.14). Statt Schulden zu machen und Arbeit zu beschaffen, verfolgte Brüning eine strenge Politik des knappen Geldes (Deflation).

### **16.07.1930: "Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen":**

Unter anderem wurden eine Kopfsteuer eingeführt, der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 % auf 4,5 % erhöht und die Gehälter der Beamten um 25 % gekürzt.

### **18.07.1930: Auflösung des Reichstages nach Artikel 25 → Neuwahlen am 14.09.1930:**

SPD, KPD, NSADAP und DNVP verlangen gemäß Artikel 48,3, Satz 2 WRV die Aufhebung der Notverordnung. Besonders kurzsichtig ist hier das Handeln der SPD, die nur die Verluste an Wählerstimmen befürchtete, wenn sie diesem Notprogramm zustimmte. Dazu bemerkte der Reichfinanzminister, Dr. Dietrich „Der Reichstag muss heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder nur ein Haufen von Interessenvertretern.“

### **14.09.1930: Reichstagswahl:**

Bei der Reichstagswahl wird die NSDAP zur zweitstärksten Partei (Anstieg von 12 auf 102 Sitze). Seit diesem Tage ist eine parlamentarische Arbeit nicht mehr möglich, zumal die demokratischen Parteien keine mehrheitsfähigen Koalitionen mehr bilden können (vgl. S.19). Albert Schwarz spricht in diesem Zusammenhang von einer **Agonie des deutschen Parlaments**. Daran ändert auch die neue Taktik der SPD nichts, die sich nach dem Schock der Wahl bereit erklärt, Brüning's Politik zu tolerieren. Zum Eintritt ins Kabinett ist die SPD trotz des Werbens von Brüning nicht bereit.

### **20.06.1931: Hoover – Moratorium:**

Das Reich bekommt wegen Zahlungsunfähigkeit einen einjährigen Zahlungsaufschub, womit Brüning einen ersten Erfolg seines politischen Programms erzielt. Die Lage im Reich dagegen wird immer trostloser, bricht doch am 13.07.1931 die Darmstädter und Nationalbank zusammen, wodurch viele Sparer ihr Geld verlieren.

### **11.10.1931: Radikalisierung auf der Straße von RECHTS:**

In Bad Harzburg bildet sich aus NSDAP mit SA und SS, DNVP und Stahlhelm die rechte Opposition zur ‚Harzburger Front‘. Die paramilitärischen Verbände der Rechtsparteien zeigen sich jetzt offen bereit, den Staat auf der Straße anzugreifen.

### **16.12.1931: Radikalisierung auf der Straße von LINKS:**

Als Antwort auf die ‚Harzburger Front‘ bildet sich aus SPD, ADGB, Arbeitersportverbänden und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die "Eiserne Front". So wird auch auf Seiten der demokratischen Linken zum Kampf auf der Straße gerüstet. Die KPD hatte schon 1924 den Roten Frontkämpferbund als Kampfverband gegründet, der trotz eines Verbotes aus dem Jahr 1929 weiterhin ungestraft agierte.

### **Wertung dieser Entwicklung:**

**Die Existenz der genannten Kampfverbände führte zur Verlagerung der Politik auf die Straße; es wurde nicht mehr argumentiert, sondern mit brutalsten Methoden niedergeknüppelt, verletzt oder tot geschlagen. Argumentiert wurde mit ‚Radiergummi‘ (=Gummiknüppel) und ‚Feuerzeug‘ (=Schusswaffen). Zwei besonders schaurige Beispiele der herrschenden Gewalt waren der ‚Altonaer Blutsonntag‘ vom 17.07.1932 mit 18 Toten und 50 Schwerstverletzten sowie der Mord von Potempa (10.08.1932), bei dem fünf SA-Leute einen kommunistischen Bergarbeiter zu Tode trampelten.**

### **Die Wiederwahl Hindenburgs und der Sturz Brünings:**

Einem neuen Höhepunkt trieben die politischen Auseinandersetzungen zu, als im Frühjahr 1932 die Reichspräsidentenwahl anstand. Brüning konnte Hindenburg bewegen, noch einmal zu kandidieren. Zum Verdruss des alten Herrn war er jetzt der Kandidat von Zentrum, SPD, DDP, DVP und BVP, denn die radikale Rechte hatte Hitler, der am 25.02.1932 durch die Ernennung zum Regierungsrat in Braunschweig die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt hatte,

auf den Schild gehoben, während die KPD Ernst Thälmann nominierte. Hindenburg, so wurde kolportiert, habe sich beklagt, er verdanke seine Wiederwahl den „Sozis und Katholen.“ Noch mehr aber verbitterte ihn, dass die DNVP im ersten Wahlgang mit Duesterberg einen eigenen Kandidaten nominiert hatte. Interessant an beiden Wahlgängen ist jedoch weniger die Wiederwahl Hindenburgs als vielmehr das weitere Anwachsen der radikalen Flügelparteien.

**13.03.1932: NSDAP: 30,1%; KPD: 13,2%; 10.04.1932: NSDAP: 36,8%; KPD: 10,2%**

**→ Die Tendenz in Richtung auf eine negative absolute Mehrheit zeichnet sich ab.**

### **13.04.1932: SA- und SS-Verbot durch den Reichspräsidenten:**

Mit der "NVO zur Sicherung der Staatsautorität", durch die Groener in seiner Eigenschaft als Innenminister die SA und SS verbot, beginnt die Endphase der Kanzlerschaft Brüning. Was als Demonstration der Staatsautorität gedacht war, geriet zu einem Fiasko, weil ein Protestbrief des ehemaligen Kronprinzen an Groener von Schleicher dazu veranlasste, sich gegen seinen Mentor und Ziehvater zu stellen. Der Kronprinz hatte geschrieben: „Es ist mir unverständlich, wie gerade Sie als Reichswehrminister das wunderbare Menschenmaterial, das in der SA und SS vereinigt ist und das dort eine wertvolle Erziehung genießt, zerschlagen helfen.“

Schleicher merkte, dass er nicht mehr auf der Höhe der Entwicklung war, und beeilte sich, dem aufgebrachten Hindenburg zu versichern, er habe die volle Dimension der von ihm zunächst mit unterstützten NVO nicht erkannt. Hindenburgs Zorn musste auch deshalb besänftigt werden, weil Graf Westarp, ein ostelbischer Junker und Standesgenosse Hindenburgs, aufgebracht an den Reichspräsidenten geschrieben hatte, ***Groener habe sich "als nicht feld-dienstfähig für seinen Posten erwiesen."*** Schleicher entwickelte nun seinen Plan der Einbindung der Nationalsozialisten in ein autoritäres Staatskonzept mit dem Ziel, sie so zu zähmen und für die Umgestaltung des Staates nutzbar zu machen.

### **12.05.1932: Rücktritt Groeners als Reichswehrminister:**

Groener nimmt seinen Abschied als Reichswehrminister, bleibt aber als Innenminister im Amt. **Damit verliert die Republik den einzigen General an entscheidender Stelle, der bereit war, diesen Staat zu stützen und zu erhalten.** Am gleichen Tag fährt Hindenburg auf sein Gut Neudeck nach Ostpreußen in den Urlaub. Dieses Gut war ihm 1927 zu seinem 80. Geburtstag von Oldenburg-Januschau und anderen ostelbischen Junkern mit Geldern der Industrie gekauft und geschenkt worden. Natürlich war diese Schenkung ein Danaergeschenk gedacht, denn es machte den senilen Präsidenten von den Wünschen seiner Gutsnachbarn

abhängig. Jetzt bereiten sie den Sturz Brünings vor, indem sie gegen ein Sanierungskonzept Brünings für die vom Bankrott bedrohte Landwirtschaft in Ostelbien intrigieren. Sie beschuldigen Brüning des **Siedlungs- bzw. Agrarbolschewismus**, um so dessen Sturz zu bewirken.

**Stichwort: "Agrarbolschewismus":**

Der Agrar- und Osthilfekommissar von Schlange-Schöningen, selbst Junker, hatte geplant, durch eine großzügige Finanzhilfe des Reiches sanierungsfähige Güter im Osten zu retten. Allerdings war auch vorgesehen, bankrotte Güter einer Zwangsversteigerung zu unterwerfen und das Land an arbeitslose Bauern zu verteilen, um der Verarmung auf dem Lande Herr zu werden. Jetzt trat von Oldenburg-Januschau an Hindenburg heran und suggerierte dem Alten, es sei an der Zeit, "Brünings Schöninger Schlange den Kopf zu zertreten", denn dieser Agrarbolschewismus bedrohe auch ihre Besitzungen. Damit war Brünings Sturz besiegelt.

**30.05.1932: Sturz Brünings:**

In einem Brief vom 27.05.1932 hatte von Schlange-Schöningen noch einmal an Hindenburg appelliert, das Osthilfeprogramm nicht zu sabotieren. Er schrieb:

"Wenn Teile des Großgrundbesitzes ... wiederum die Zeichen der Zeit nicht begreifen wollen, so fürchte ich, sie graben sich selbst ihr Grab, und eine stürmische Entwicklung wird eines Tages über sie hinwegfegen."

Äußerst indigniert zitierte Hindenburg nach seiner Rückkehr nach Berlin am 29.05.1932 Brüning ins Reichspräsidentenamt und entließ ihn mit der Begründung, seine (Brünings) Regierung und Politik sei unpopulär. Brüning demissionierte am 30.05.1932. Brüning beschreibt die Szene seiner Entlassung so:

"Die Miene des Reichspräsidenten beobachtend, wusste ich nun, dass es nun endgültig aus war. Der Reichspräsident ließ mich reden. Ich setzte ihm auseinander, dass es mein Bestreben gewesen sei, die schrankenlos und planlos ausgeübte Macht des Parlaments so weit einzuschränken, dass es einer Regierung, die ohne die Herausforderung des Parlaments entschlossen und planvoll auftritt, keine Schwierigkeiten mehr mache. Die Regierung sei dadurch absolut überparteilich geworden. Sie habe die außenpolitischen Arbeiten so vollziehen können, dass die Erfolge nun greifbar seien. Das sei aber nur durch große Geduld und vorübergehende Unpopularität möglich gewesen. Wenn erst die Erfolge sichtbar wären, würde diese Unpopularität schwinden."

Hindenburg ging auf Brüning's Vortrag nicht ein und verlas mit steinerner Miene eine vorformulierte Erklärung, in der er der Regierung das Recht zum Erlass von NVO's entzog. Brüning berichtet weiter.

"Ich antwortete: ' Wenn ich die mir soeben vorgelesenen Äußerungen richtig verstehe, so wünschen Sie, Herr Reichspräsident, die Gesamtdemission des Kabinetts.' Antwort des Reichspräsidenten: 'Jawohl. Diese Regierung muss weg, weil sie unpopulär ist.' "

Brüning trifft Hindenburg noch einmal am 30.05.1932 um 11.55 Uhr, um seine Demission einzureichen. Die Szene ist von einer bemerkenswerten Kühle und Distanz, da der Alte um 12.00 Uhr den Matrosenaufzug zum Skagerak-Tag abnehmen wollte. Brüning erinnert sich wie folgt:

„Ich wurde auf 11.55 Uhr bestellt. Um 11.54Uhr wurde ich hereingeführt zum Reichspräsidenten. Ich überbrachte die Demission. Einige höfliche Worte auf beiden Seiten. Schon klang die Musik der Matrosenwache von der Hohenzollernstraße her durch den Garten. Ich erhob mich. Der Reichspräsident sagte: 'Ich musste Sie wegen meines Namens und meiner Ehre entlassen.' Antwort: 'Herr Reichspräsident, auch ich habe einen Namen und eine Ehre vor der Geschichte zu verteidigen ...' "<sup>5</sup>

### **01. 06. - 17. 11. ( 02. 12. ) 1932 : Die Kanzlerschaft Franz von Papens:**

Die Ernennung Papens rief lebhaftige Kritik der Konservativen hervor, die in Papen zu Recht nur einen wenig bis gar nicht geeigneten Strohmann sahen. So bemerkte Friedrich-Karl von Zitzewitz gegenüber Schleicher schon am 28.05.1932:

"Der Papen ist doch kein Kopf." Schleicher darauf unbekümmert: "Das soll er ja auch nicht sein, aber er ist ein Hut."

Schleicher, der nun selbst etwas aus den Kulissen hervortreten musste und das Reichswehrministerium übernahm, bereitete einen Deal mit Hitler vor. Für eine Tolerierung des Kabinetts von Papen sollte das SA- und SS-Verbot aufgehoben werden. Des Weiteren war an eine Einbindung der NS-Bewegung in die Regierungsverantwortung gedacht. Die Parole hieß nun:

"Nicht Aufhalten der braunen Flut, sondern Kanalisierung der NS-Bewegung"

---

<sup>5</sup> Zitate aus Heinrich Brüning , Memoiren, S.588–601

Papen selbst dachte an einen Umbau der Verfassung in einen autoritären Ständestaat als Vorstufe zur Wiedereinführung der Monarchie. Konkret war an folgende Veränderungen gedacht:

- **Abschaffung des Verhältniswahlrechtes als Ursache für die Zersplitterung der Parteienlandschaft**
- **Einführung eines ungleichen Wahlrechtes, bei dem die Stimmen der Familienernährer und Mütter mehr wiegen als die Stimmen sog. unmündiger Volksgenossen (z.B. Arbeitsloser)**
- **Abschaffung der Splitterlisten bei Wahlen**
- **Rücknahme der Verantwortung der Regierung vor dem Reichstag**
- **Schaffung einer ersten ständischen Kammer als beratendes Gremium für die Regierung.**

Diese Verfassungsvorstellungen entsprachen im Ganzen der Zusammensetzung des Kabinetts, das überwiegend aus Adeligen bestand, weshalb es im Volksmund auch ‚**Kabinett der Barone**‘ genannt wurde. Sie wurden von Reichsinnenminister von Gayl am 11.08.1932 vorgelegt.

#### **14.06.1932: NVO zur SA und SS:**

Aufhebung des SA- und SS - Verbots mit der Folge des sofortigen Wiederauflebens der bürgerkriegsähnlichen Zustände ---> 17. 07. 1932 : Altonaer Blutsonntag

#### **20.07.1932: Preußenschlag von Papens:**

Altona gehörte damals zu Preußen, und Papen nahm das Gemetzel in Altona zum Anlass, die geschäftsführende preußische Regierung unter Otto Braun (SPD) aus dem Amt zu jagen. Mit der "**NVO zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Reichsland Preußen**" übernahm die Reichsregierung die Verwaltung des Landes Preußen. Papen selbst übernahm als **Reichskommissar für das Land Preußen** die dortige Regierung. **Damit war im größten Reichsland die Demokratie beseitigt und die fast 12jährige erfolgreiche Arbeit einer Weimarer Koalition auf Landesebene beendet. Außerdem wurde in der Person Papens praktisch eine Einheit zwischen dem Amt des Reichskanzlers und dem des preußischen Ministerpräsidenten geschaffen, die sich insbesondere bei Hitlers Machtantritt verheerend auswirken sollte.**



Die Regierung Braun war seit dem 24.04.1932 nur noch geschäftsführend im Amt gewesen und hatte sich seit den Landtagswahlen im April der absoluten Mehrheit von NSDAP und KPD erwehren müssen.

### **13.08.1932: Verhandlungen zur Regierungsbildung nach der RT-Wahl vom 31.07.1932:**

Nach den Reichstagswahlen vom 31.07.1932 scheitert der Versuch, Hitler in die Regierungsverantwortung als Vizekanzler einzubinden. Mit 37,3 % der Stimmen im Rücken fordert Hitler nun das Kanzleramt für sich und damit die ganze Macht. Spätestens jetzt ist auch das ‚Zähmungskonzept‘ gescheitert.

### **12.09.1932: Zusammentritt des neuen Reichstages:**

Der erst am 30.08.1932 zusammengetretene Reichstag stürzt Papen mit 512 zu 42 Stimmen, weil er die **"NVO zur Ankurbelung der Wirtschaft"** ablehnt. Die NVO sah Eingriffe in das Tarifrecht vor, etwa das Festlegen von (niedrigen) Mindestlöhnen, was die SPD wegen der geringen Höhe ablehnte. Zudem begünstigte sie die Unternehmer durch Steuergutschriften bei Neueinstellungen, was wiederum das Zentrum ablehnte und der DVP nicht genügte. Die NSDAP und die KPD hatten von vornherein nicht vor, Papen zu unterstützen; die NSDAP aus Rache für die Verweigerung des Kanzleramtes, die KPD wegen ihrer grundsätzlichen Ablehnung dieser Junkerregierung. **So wurde Papen mit 512 zu 42 Stimmen das Misstrauen ausgesprochen. Der Reichstag wurde daraufhin erneut aufgelöst. Neuwahlen wurden für den 05.11.1932 festgesetzt.** Im Simplizissimus erschien wenig später eine Karikatur, die die Parteien KPD, NSDAP, Zentrum und SPD bei einem Rütlichswur besonderer Art zeigt, heißt es doch in der Bildunterschrift: **"Wir wollen einig sein gegen Papen, doch treu uns hassen alle Zeit!"**

Nichts drückt deutlicher die allgemeine Ablehnung Papens aus. Theodor Heuß, der die Reichstagssitzung vom 12.09.1932 miterlebte, fasst seinen Eindruck über Papen so zusammen:

"Ich habe die Erinnerung an ein nichtssagendes Gesicht behalten, in dessen fahle Züge der Mangel an Begabung eingezeichnet war."

Papen war am Ende, aber er regierte weiter als Lieblingskanzler des Alten im Reichspräsidentenpalais. Erreicht hatte Papen am **09.07.1932 in Lausanne nur das Ende der Reparationen, einen Erfolg allerdings, den nicht er, sondern Brüning verdient hatte, weil dessen redliche Politik gegenüber dem Ausland die Zahlungsunfähigkeit des Reiches offen gestellt und damit ‚Mitleid‘ erweckt hatte.**

### **05.11.1932: Reichstagsneuwahl:**

Die Neuwahlen bringen zwar für die NSDAP einen Verlust von 2 Mio. Stimmen (→ gut 4%). Da jedoch die KPD von 14,2 % auf 16,8 % zulegt, bleibt es im Reichstag bei einer negativen Mehrheit. Papen verfällt auf den abenteuerlichen Plan nach erneuter Reichstagsauflösung alle Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände durch Notverordnungen zu verbieten und dann nur noch mit Hilfe Notverordnungen und Reichswehr zu regieren, die zu erwartende Revolten von NSDAP und KPD niederschlagen soll.

### **12.11.1932: Reichstagssitzung mit Brisanz:**

In der Reichstagssitzung übersieht Göring , seit dem 30.08.1932 neuer Reichstagspräsident, die Wortmeldung Papens, dreht ihm den Rücken zu und verhindert so die Verlesung der erneuten Auflösungsorder, die Papen vergessen hatte und erst holen lassen musste. Schleicher lässt Papen nun fallen, weil das von Papen vorgeschlagene Notstandsregime von Hindenburg abgelehnt wird.

### **17.11.1932-02.12.1932: Regierungsverhandlungen über eine Neubildung des Kabinetts:**

Papen ist nur noch geschäftsführend im Amt, während Schleicher sich jetzt Hindenburg als Kanzler andient, indem er verspricht, auch ohne Reichstagsauflösung zu einer konstruktiven Regierungsarbeit zu gelangen. Papen erhält bei Hindenburg einen weinerlichen Abschied. Der Alte schenkt ihm sein Bild mit der Widmung: „Ich hatt' einen Kameraden.“

### **02.12.1932-28.01.1933: Kanzlerschaft Schleichers:**

Sleichers Konzept sah vor, gestützt auf SPD, Mittelparteien, Gewerkschaften und dem linken Strasser-Flügel der der zu spaltenden NSDAP, eine Koalition der Vernunft gegen alle Fronten zu bilden, um den Teufelskreis von Neuwahlen und Reichstagswahlen zu durchbrechen. Schleicher geht es also nicht mehr lediglich um Zähmung und Einbindung der NSDAP, sondern um deren Spaltung.

### **08.12.1932: Schleichers Scheitern:**

Schleicher scheitert, weil Gregor Strasser auf Hitlers Betreiben alle Parteiämter verliert und SPD und Gewerkschaften dem „roten General“ nicht trauen wollen. Der Rest der Amtszeit Schleichers ist nur noch lähmendes Abwarten bis zum Sturz.

#### **04.01.1933: Gespräch beim Bankier Schröder in Köln:**

Papen, insgeheim von Hindenburg mit der Bildung einer neuen Präsidentialregierung beauftragt, trifft Hitler im Haus des Kölner Bankiers Schroeder, eines Mitglieds des Herrenclubs, und verabredet mit ihm eine Regierung unter dessen Kanzlerschaft. Mit diesem Plan will Papen seinen Sturz an Schleicher rächen. **Hindenburg wird das Konzept schmackhaft gemacht mit der Zusicherung, man werde Hitler einrahmen und beaufsichtigen, damit er sich in der Regierungsverantwortung verschleibe. Papen will neben Hugenberg und von Blomberg, dem künftigen Reichswehrminister, Hitler einrahmen.**

#### **30.01.1933: „Machtergreifung“:**

Als Schleicher am 28.01.1933 Hindenburg auch nichts anderes bieten kann als Papen im November (→ Notstandsregime), wird er entlassen. Hitler wird am Morgen des 30.01.1933 vereidigt.

#### **Zwei Stimmen Hindenburgs zum 30.01.1933, dem Tag der Machtüberlassung an Hitler:**

- **Hindenburg am 27.01.1933 zu Reichswehrgenerälen: "Sie werden mir doch nicht zutrauen, meine Herren, dass ich diesen böhmischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe."**
- **Hindenburg am 30.01.1933 nach der Vereidigung des neuen Kabinetts: "Gott sei Dank, dass es so weit gekommen ist. Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott!"**
- **Und so reagierte Ludendorff, Hindenburgs ehemaliger Generalquartiermeister und Mitbeteiligter am Hitlerputsch vom 08./ 09.11.1923. In einem Telegramm an Hindenburg schreibt er: „Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, dass dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfassbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung im Grabe verfluchen.**

**Ludendorff“**

Späte Einsicht, aber sehr, sehr berechtigt ...

SI MONUMENTUM REQUIRIS, CIRCUMSPICE

# DAS INTRIGENSPIEL DER HINDENBURG-KAMARILLA © RECHENTIN

